

Kirche und Gesellschaft

20. 12. 84

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 115

Zerfall der politischen Kultur?

– Wertvorstellungen im Wandel –

von Gerd Hepp

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

„Als erste Erkenntnis nun ist festzuhalten die, daß alles was irgendwie einen Wert darstellt, seiner Natur nach durch ein Zuviel oder ein Zuwenig zerstört werden kann. . . . allein das Richtige zu bestimmen in Hinsicht auf Person, Ausmaß, Zeit, Zweck und Weise, das ist nicht jedem gegeben, das ist nicht leicht. Daher ist richtiges Verhalten selten; es ist des Lobes wert und es ist edel“ (Aristoteles, Nikomachische Ethik, Buch II).

Das Problem

Das Gefühl einer Zeitenwende, einer krisenhaften Umbruchphase, ist heute in den meisten westlichen Industriegesellschaften mehr oder minder stark verbreitet. Angesichts einer Vielzahl sozio-ökonomischer Problemlagen machen sich Zukunftsangst und Pessimismus breit. In diesem Zusammenhang werden auch die überlieferten Wertstrukturen zunehmend einer kritischen Reflexion unterzogen. Die „Traditionalisten“ argumentieren, daß eine Umwertung von Werten zum Zerfall gerade jener Werte führe, die die Entwicklung zu einer modernen Industriegesellschaft mit all ihren Errungenschaften ermöglicht haben. Aus dieser Sicht scheint eine Alternative zur Industriegesellschaft prinzipiell undenkbar und unrealisierbar. Demgegenüber sehen die „Zivilisationskritiker“ die heutige Menschheit getreu dem Motto Epplers, „Wende oder Ende“, auf dem Weg in die sichere Katastrophe, falls es nicht angesichts künftiger Herausforderungen zu einer mehr oder minder radikalen Änderung des geltenden Wertsystems kommt. Umwertung der Werte bzw. „neue Werte“ lautet hier die Zauberformel. Da beide Wertpositionen sehr unterschiedliche, z. T. gegensätzliche Lebensentwürfe anzielen, folgt hieraus notwendig deren hohe politische Brisanz. Dies um so mehr, als sie von vielen zu Überlebensfragen und damit zu politischen Grundsatzkonflikten mit allen Risiken einer Polarisierung des politischen Bewußtseins hochstilisiert werden. Ob diese einer Lösung zugeführt werden können, ist primär aber eine Frage an die Qualität unserer politischen Kultur.

Der Wertbegriff (Definition, Struktur, Funktionen von Werten)

Kurz gesagt sind Werte verinnerlichte Verhaltensstandards, die von Personen im Sozialisationsprozeß im kulturellen Kontext einer bestimmten Gesellschaft erworben werden. Sie sind als solche nicht wissenschaftlich ableitbar, sondern historisch-kulturell gewachsen. Erhalten solche Werte auch auf der gesellschaftlichen Ebene Geltung und Anerkennung, spricht man von gesellschaftlichen Werten. Dazu gehören die in der zweiten

Hälfte der siebziger Jahre vieldiskutierten *Grundwerte* wie Menschenwürde, Freiheit, Leben, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Pluralität. Finden sie breite gesellschaftliche Zustimmung, ermöglichen sie jenen fundamentalen Wertkonsens, jenes einheitliche Grundethos, worauf ein freiheitliches Gemeinwesen, will es Bestand haben, unverzichtbar angewiesen bleibt.

Neben den Grundwerten ist aber auch ganz einfach nur von Werten oder auch Wertorientierungen bzw. Normen die Rede. Dies macht deutlich, daß es innerhalb der personalen und gesellschaftlichen Wertsysteme Rangordnungen, d. h. Dignitätsstufen gibt. Es gibt *Werte* wie z. B. Menschenwürde, Leben, Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit oder Frieden, die im Sinne theologischer und philosophischer Tradition als absolute Ideale, als ein *summum bonum*, durchaus ontologisch-universellen Charakter haben. Andere Werte wie z. B. Familie, Gesundheit, Arbeit, Gleichheit oder schöne Natur, können, je nach subjektiver oder gesellschaftlicher Einschätzung, ebenfalls in diesem Wertehimmel oder auch ein Stück darunter angesiedelt werden. Letzteres trifft zu, wenn man z. B. aus einer säkularisierten Betrachtungsweise heraus Familie oder Arbeit nicht als religiös fundierten Eigenwert, sondern eher funktional als instrumentellen Wert betrachtet. Unterhalb solcher mittlerer Rangstufen wären dann schließlich auf einer dritten Ebene die auch als Tugenden bezeichneten Eigenschaften wie Toleranz, Sparsamkeit, Disziplin, Ordnungsliebe, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Höflichkeit etc. zu nennen. Diese Werte heißen richtiger auch *Normen* oder Regeln, insofern sie der Verwirklichung übergeordneter Werte dienen und als solche kontrollierbar und sanktionierbar sind. Dennoch sind auch hier die Grenzen nach oben fließend, gibt es doch historische Beispiele für die wertmäßige Überhöhung solcher Normen zu einem gesellschaftlich hohen oder höchsten Gut. Der mehr oder minder hohe Abstraktions- und Allgemeinheitsgrad von Worten, das etwa durch Meinungsumfragen ermittelte Bekenntnis zu ihnen, sagt noch nichts über ihre Deutung und Bedeutung im konkreten Einzelfall aus. Dieser Tatbestand erklärt auch, weshalb die Grundwertdebatte im Grunde so wenig gebracht hat. Im Endeffekt nämlich zählt allein die je nach Person und Situation unterschiedliche Form der *konkreten Wert-Ausmünzung* bzw. *Wert-Verwirklichung*. Dabei gilt es zu beachten, daß kein Wert für sich allein realisierbar ist, daß es vielmehr auf eine sinnhafte Kombination und Ausbalancierung, d. h. Güterabwägung ankommt. So verlangen z. B. die Begriffspaare Wirtschaftswachstum und Umwelt, Familie und Beruf, Freiheit und Gleichheit, den *Wertkompromiß*. Wo ein einzelner Wert wie z. B. Freiheit absolut gesetzt wird, stellen sich Anomien ein: schrankenlose Willkür, totale Emanzipation von aller sozialer Verflechtung und Ordnung und damit Mißachtung des Sittengesetzes.

Werte sind schließlich in den Individuen prinzipiell tiefer verankert und daher weniger veränderbar als Meinungen, Urteile, Einstellungen oder Bedürfnisse. Sie prägen den Lebensstil eines Menschen, indem sie ihm die Herausbildung eines *sinnhaften Selbstkonzepts* bzw. eines auf seine *soziale Umwelt bezogenen Konzepts* ermöglichen. Wo zentrale Werte fehlen, stellen sich denn auch Sinn- und Identitätsverluste ein. Werte haben so auf der personalen Ebene die wichtige Aufgabe, als emotional gestützte, kognitive Orientierungen und Standards das individuelle Handeln über die Auswahl von Zielen und Mitteln zu steuern und zu regulieren. Analoges gilt für das Wertesystem auf der gesellschaftlichen Ebene. Auch hier müssen Handlungen und Entscheidungen motiviert, legitimiert werden, und auch hier haben Werte eine sinn- und identitätsstiftende, die Integration des Ganzen begründende Funktion.

Allgemeine Dimensionen des Wertwandels

Wertwandel kann sich zunächst darin äußern, daß bestimmte Werte in einer bestimmten gesellschaftlich-historischen Situation auf der *Rangskala* auf- oder absteigen. Freizeit kann z. B. wichtiger werden als berufliche Leistung, Umweltschutz wichtiger als Wirtschaftswachstum, Freiheit wichtiger als Gleichheit – oder umgekehrt. Wertwandel kann aber auch bedeuten, daß ein allgemeiner Wert wie Familie oder Gerechtigkeit über Zeiten und Zonen hinweg fortdauernde Hochschätzung erfährt, sich aber die jeweiligen Leitbilder, *Inhalte und konkreten Ausprägungen* von Familie oder Gerechtigkeit, ganz erheblich wandeln. Er kann sich *kurz- und mittelfristig* oder auch *langfristig* vollziehen. Ersteres trifft zu, wenn etwa angesichts neu auftretender Problemlagen sich z. B. soziale Bewegungen für von ihnen als dringlich eingestufte Anliegen engagieren, so für Umweltschutz, Frauenemanzipation oder Entwicklungshilfe. In aller Regel aber impliziert Wertwandel längerfristige Prozesse. Man denke etwa an die über mehrere Jahrhunderte sich hinziehende Säkularisierung oder den langatmigen Durchsetzungsprozeß des sozialen und liberalen Rechtsstaates.

Die meisten Werte, die unser heutiges Zusammenleben bestimmen, wurzeln zudem in irgendeiner Form in althergebrachten Werten unseres antik-christlichen Erbes. Dies gilt z. B. für so unterschiedliche Werte wie Menschenwürde, Freiheit, Gesundheit, Wohlstand, Sicherheit, Friede, Gerechtigkeit oder Liebe/Solidarität, die mit bio-psychischen Konstanten des Menschseins zu tun haben und von daher ihren alle Zeitläufe und Wechselfälle überdauernden Langzeitcharakter beziehen.

Trotz aller Veränderungen und Brüche sind so aufs ganze betrachtet die *Wert-Kontinuitäten* weitaus ausgeprägter als die *Wert-Diskontinuitäten*.

Diese Konstanz der Werte ist aber schon deshalb notwendig, weil das Auskommen der Generationen untereinander wie auch das Überleben einer Kultur dies erfordert, während abrupter Wertwandel soziale Desorientierung und Desintegration nach sich zieht. Dennoch müssen andererseits Werte und die ihnen korrespondierenden Normen auch den jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen angepaßt werden. Neu auftretende soziale Problemlagen und Situationen erfordern *Flexibilität und stets neue Aktualisierung und Verlebendigung* älterer Werte, sollen diese nicht als hohle Phrase und unzeitgemäße Norm aufgefaßt werden. Starres Festhalten an überlieferten Wertstrukturen und Wert-hierarchien ist ebenso problematisch wie eine Strategie, die unter Berufung auf angeblich neue Werte eine Demontage tradierter Werte bezweckt. Zwar wird, wer gesellschaftliche Dynamik und den ihr zugrunde liegenden sozialen Wandel bejaht, auch den Wertkonflikt als korrespondierende Erscheinung akzeptieren müssen. Entscheidend ist jedoch die Art der Konfliktlösung: Nur eine behutsame Wertevolution im Sinne einer *Wertsynthese*, die zwischen Bewahren und Erneuern, Erhalten und Reformieren angemessen vermittelt, kann eine Gesellschaft vor problematischen Erschütterungen schützen.

Es sind vor allem die *Änderungen der real-objektiven Lebensbedingungen*, die auf der subjektiven Ebene der Individuen den Wertwandel auslösen. Heute sind es vor allem die durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geprägten Lebensumstände wie materieller Wohlstand und Massenkonsum, Ausdehnung der Freizeit, Bildungsexpansion, Veränderungen der Berufs- und Arbeitswelt, Urbanisierung, Einfluß der Massenmedien, weltweite Kommunikation, der Ausbau des Sozialstaates, die Entwicklung von Großstrukturen in Wirtschaft und Verwaltung, aber auch die Rechtsordnung und die politischen und sonstigen gesellschaftlichen Institutionen, die in einem komplexen und interdependenten Prozeß das schwer entwirrbare Geschäft des Wertwandels besorgen. Allerdings nicht im Sinne eines einlinigen, monokausalen Prozesses, sondern durchaus in einem dialektischen Wechselspiel mit den Werten selbst, denn auch diese wirken wiederum als eigenständige Kraft in hohem Maße prägend auf die Systemstrukturen und die realen Lebensverhältnisse ein. Als *Träger solcher Wertwandlungsprozesse* figurieren bestimmte, sozialstrukturell differenzierte Bevölkerungsgruppen, z. B. Generationen, Altersgruppen, Klassen oder Schichten. So haben verschiedene Autoren, speziell für die letzten eineinhalb Jahrzehnte, in einigen westlichen Industrieländern nicht nur eine Zunahme an Intensität und Geschwindigkeit des Wertwandels festgestellt, sondern gleichzeitig die mittleren und gehobenen Sozial- und Bildungsschichten bzw. Teile der jungen Generation als treibende Kräfte der neueren Werttrends ausgemacht.

Aktuelle Wertwandelrends

Arbeit und Beruf: Im Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit finden wir noch transzendental fundierte Auffassungen der Arbeit, die diese nicht nur als Mittel zum Lebensunterhalt und zur Bedürfnisbefriedigung, sondern über den Dienst am Nächsten primär als Feld religiöser Bewährung sahen. Eine solch religiös-intrinsische Auffassung von Arbeit als einem Eigenwert setzte zugleich eine asketische Grundhaltung voraus, die einen diesseitsorientierten Lebensgenuß ausschloß. Einstellungen dieser Art wurden jedoch später im Zuge der Säkularisierung zunehmend relativiert. Ohne seine religiöse Grundlage schrumpfte das Arbeitsethos auf einen rein weltlich begründeten moralischen Pflichtkodex zurück, während die asketischen Grundhaltungen für eine Übergangszeit wirtschaftlicher Mangellagen noch intakt blieben. In den letzten Jahrzehnten, besonders in den siebziger Jahren, haben sich nun in einem dritten Schub zunehmend instrumentalistische Arbeitsauffassungen durchgesetzt. Arbeit verlor ihren Eigenwert, ihren sinnhaften Selbstzweckcharakter und wurde zu einem Wert im Dienste anderer Werte, z. B. hohes Einkommen oder Selbstverwirklichung, herabgestuft. Gleichzeitig erfolgte eine Abkehr vom asketischen Lebensstil unter gleichzeitiger Hinwendung großer Teile der Bevölkerung zu einer gegenwartsorientierten, privatistisch-hedonistischen Konsumkultur. Die Balance zwischen den Werten Askese, Leistung und Arbeit auf der einen, den Werten Konsum, Bedürfnisbefriedigung und Lebensgenuß auf der anderen Seite, droht so immer mehr zu Lasten der ersteren zu kippen. Tendenzen dieser Art spiegeln sich auch in dem Bemühen, Lebensziele und Glückserwartungen zunehmend aus dem Berufs- und Arbeitsbereich in die ständig gewachsene Freizeit zu verlagern.

Individualismus: Individualistische Denkmuster lassen sich über die Aufklärung bis zur Renaissance zurückverfolgen. In jüngster Zeit läßt sich jedoch deren Intensivierung, so etwas wie ein „neuer Individualismus“ beobachten, der praktisch alle Handlungsbereiche durchzieht. Er manifestiert sich im privaten wie im öffentlichen Bereich, in der Individualisierung von Ehe und Familie, in einer egozentrisch-konsumistischen Interpretation von staatsbürgerlicher Freiheit und politischer Mitbestimmung oder in einer häufig ausschließlich ich-bezogenen Leistungsmotivation. Neuer Individualismus bedeutet ganz allgemein, daß die alten asketischen Werte wie Anpassung, Selbst- und Triebbeherrschung, Pflichtbewußtsein, Opfer- und Verzichtbereitschaft, zurückgedrängt werden zugunsten eines hochgezüchteten Subjektivismus. Dieser äußert sich in einer Reihe von Selbsttendenzen wie Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Spontanei-

tät und Emotionalität, dem Boom von Selbsterfahrungsgruppen oder dem Streben nach persönlicher Unabhängigkeit.

Gleichheit: Überkommene hierarchische Strukturen oder Herrschaft werden heute nicht einfach mehr als gegeben hingenommen. Die Bereitschaft zur kritiklosen Anpassung oder Unterordnung hat deutlich abgenommen. Die Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre und das Konzept der emanzipatorischen Erziehung haben hier deutliche Spuren hinterlassen. Ungleichheiten und soziale Schichtdifferenzierungen werden in der Bevölkerung zunehmend als ungerecht empfunden. Die nivellierenden Tendenzen des Sozialstaates, der Zerfall des Leistungsgedankens, spielen hier ebenso eine Rolle wie die Ideologie von der Chancengleichheit als der Gleichheit der Ergebnisse. Ferner haben Gleichheitsvorstellungen auch zunehmend Eingang in die Wahrnehmung der Geschlechterrollen gefunden.

Erziehungsziele: Analog zu diesen Trends hat sich auch bei den Erziehungsziele ein Wandel vollzogen. Die traditionellen, asketisch orientierten Erziehungsziele wie Fleiß, Gehorsam, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Höflichkeit, gutes Benehmen, Pflichtbewußtsein, Sparsamkeit etc. haben eine Abwertung erfahren. Aufgewertet wurden dagegen primär individualistisch orientierte Erziehungsziele wie Selbständigkeit, Selbstverwirklichung, Kreativität, Kritikfähigkeit, die Fähigkeit, seine Interessen zu erkennen und durchzusetzen. Erziehungsziele werden so heute in Familie und Schule überwiegend danach bewertet, ob sie im Dienst individueller Glückserwartungen und Interessen stehen und weniger danach, ob sie gemeinschaftlichen oder gemeinwohlorientierten Zielsetzungen dienen.

Religion und Kirche: Religiöse Werte sind im Zuge eines seit der Aufklärung anhaltenden Säkularisierungsprozesses zunehmend ausgehöhlt worden. Religion und Kirche spielen als sinngebende Elemente und als verpflichtende Orientierungshilfen für den Alltag immer weniger eine wegweisende Rolle. Seit Mitte der sechziger Jahre ist ein geradezu dramatischer Rückgang des regelmäßigen Kirchenbesuchs, vor allem auch bei Jugendlichen zu verzeichnen. Kirchenbesuch ist dabei mehr als ein nur formales Kriterium, ist es doch ein Fehlschluß anzunehmen, der Niedergang an Kirchlichkeit könne losgelöst von dem Niedergang religiöser Überzeugungen betrachtet werden¹⁾. Von den 16–30jährigen Jugendlichen beschreibt sich so heute nur ein Drittel als religiös und nur ein Viertel akzeptiert die christlichen Gebote als verbindlich für das eigene Leben. Dies wiederum ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß einer Allensbacher Umfrage zufolge 1982 nur 25% (1969 noch 39%) der Eltern mit Kindern unter 16 Jahren meinten, ein fester Glaube und eine

festen religiösen Bindung sei von den Dingen, die man Kindern mit auf den Weg ins spätere Leben geben soll, besonders wichtig.

Technik und Umwelt: In der Bevölkerung, insbesondere bei der Jugend ist die Skepsis gegenüber Technik, modernen Technologien und weiterem quantitativem Wachstum enorm gestiegen. Der Schutz der Umwelt ist zu einem zentralen zukunftsrelevanten Wert geworden. Statt von quantitativem Wachstum ist immer mehr von qualitativem Wachstum oder von Lebensqualität die Rede. Eine von antitechnologischen Ressentiments getragene Kritik richtet sich besonders gegen die Kernenergie, die Entwicklung immer perfekterer Massenvernichtungsmittel, den Trend zur Großtechnologie sowie gegen mögliche Gefahren und Risiken der Mikroelektronik und Informationstechniken.

Neue Werte durch soziale Bewegungen?

Seit Ende der sechziger Jahre gehören soziale Bewegungen zum politischen Alltag der Bundesrepublik. Auf die Studentenbewegung sind in den siebziger Jahren weitere Bewegungen auf dem linken Spektrum gefolgt, so die ökologische Bewegung, die Alternativbewegung und in den achtziger Jahren die Friedensbewegung. Stets handelt es sich dabei um periodisch wiederkehrende Ideologisierungsschübe eines sich jeweils wechselnden Themen und Zielen zuwendenden Protestpotentials, das sich als Träger „neuer Werte“ versteht und Einzelkritik in der Regel zur Fundamentalkritik des Ganzen erweitert²).

Ein Blick auf die *ökologische Bewegung* mag das Gesagte verdeutlichen. Nach dem Motto „Ende oder Wende“ fordert sie eine Abkehr von industriegesellschaftlichen Produktionsformen und Konsumgewohnheiten, den Verzicht auf Wirtschaftswachstum zugunsten von mehr Lebensqualität, kurzum eine radikale Änderung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und der ihnen entsprechenden Wertmuster und Verhaltensgewohnheiten. Den „alten Werten“ der als materialistisch und konsumistisch abqualifizierten Industriegesellschaft setzt sie die *neuen Werte* einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft entgegen und verbindet hiermit die Forderung nach einer *Neuen Politik*, die sich in ihren Zielen und Inhalten qualitativ von der „Alten Politik“ der etablierten, verkrusteten Parteiendemokratie unterscheiden sollte.

Das von der ökologischen Bewegung publizistisch propagierte „neue Wertesystem“ akzentuiert im wesentlichen folgende Punkte: Dezentralisierung, Partizipation, Selbstbestimmung, Abbau von Macht, ökologische Verträglichkeit, Solidarität, Gerechtigkeit, Bescheidenheit, Naturverbundenheit, Gefühlsbejahung, Kreativität und Persönlichkeitserweiterung.

Manches davon ist offensichtlich dem Protestvokabular der 68er-Generation entnommen, die meisten dieser „neuen Werte“ verweisen aber auf eine lange oder sehr lange Tradition. Offenbar sollte hier mit verbaler Mystik ein Aufbruch zu neuen Ufern, in ein neues ökologisches Zeitalter, in dem natürlich alles grundlegend anders und besser werden sollte, signalisiert werden. Daß es sich bei den „neuen Werten“ lediglich um inhaltliche Neuausprägungen bzw. neue Gewichtungen und Rangstufungen innerhalb und nicht außerhalb eines historisch und kulturell fest verankerten älteren Wertsystems handeln konnte, diese Erkenntnis blieb weitgehend ausgeblendet.

Vollends problematisch aber ist es, wenn von den Verfechtern der „neuen Werte“, etwa von Mayer-Tasch, *der Bürgerkrieg der Gedanken und der unversöhnlichen Wert- und Verhaltensmuster* erklärt wird³⁾. Im Stil eines antidemokratischen Freund-Feind-Denkens werden hier zwei angeblich unversöhnliche Lebens-, Zivilisations- und Fortschrittsmodelle einander gegenübergestellt, wobei das eine Überleben, das andere Tod bedeuten soll. Eine solch demagogische Argumentation leistet nicht nur einer Fundamentalpolarisierung der Gesellschaft Vorschub, sie muß auch den Beweis für die Angemessenheit und Richtigkeit ihrer Aussagen schuldig bleiben. Denn weder läßt sich das unausweichliche Herannahen einer tödlichen ökologischen Katastrophe behaupten, noch gelingt es den Ökologen, ein ernstzunehmendes praktikables Alternativmodell zu entwerfen. Und auch die Verheißung eines *neuen Humanismus* durch die ökologische Bewegung, durch den nicht nur das Überleben, sondern eine gesündere, glücklichere, friedlichere und harmonischere Zukunft der Menschheit bewirkt werden soll, erweist sich als bloße Leerformel, als romantisch-utopische Heilslehre. Angst als Triebkraft politischer Mobilisierung, gepaart mit Realitätsverlust, befördert so eine „Neue Politik“, in der Irrationalismen allzu leicht vergessen lassen, daß es leicht ist, das Unmögliche zu fordern, aber schwer, das Mögliche zu erreichen.

Wer missionarisch von „neuen Werten“ und verächtlich von „alten Werten“ spricht, sollte zudem auch über die Voraussetzungen der ersteren nachdenken. Die postmoderne Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft wurde nur möglich dank eines ständigen Zuwachses an Technologie, Produktivität und Wirtschaftswachstum. Die Konkretisierung postmaterialistischer Werte wie Umweltschutz, Solidarität mit der Dritten Welt, Selbstverwirklichung durch ein breites und differenziertes Bildungsangebot, großzügige Freizeitangebote, mehr Freiheit der persönlichen Lebensgestaltung, differenziertes Berufsspektrum wie auch mehr Gleichheit unter den Geschlechtern, all diese neuen und ehemals ungeahnten Spielräume und Freiheiten sind einzig und allein *Errungenschaften des industriellen Zeitalters*. Die Realisierung der meisten postmaterialistischen

Werte setzt deshalb die Realisierung materialistisch-industrieller Werte voraus, denn auch Lebenschancen und persönliche Gestaltungsräume müssen erwirtschaftet werden. Nur wo der Wohlstand selbstverständlich geworden ist, wird allzu leicht vergessen, daß vor dem Verteilen die Leistung steht. Wer von den Ökologen wäre zudem auch ernsthaft bereit, auf so elementar gewordene materielle Vorteile wie z. B. elektrisches Licht, Kanalisation, Haushaltsgeräte, soziale Sicherheit, Befreiung von harter Arbeit, längere Lebensdauer und bessere Gesundheit, medizinische Fortschritte und vieles mehr zu verzichten. Die begriffliche Frontbildung, hier Materialisten, dort Postmaterialisten verkürzt in unerträglicher Weise eine komplexe Wirklichkeit. Zudem sind es gerade die gehobenen Sozial- und Bildungsschichten, die neuen Mittelschichten der Dienstleistungsgesellschaft, also vor allem Beamte und Angestellte, die die sozialstrukturelle Basis des Wertwandels abgeben und zusammen mit beachtlichen Teilen der „Bildungsjugend“ als larmoyante Kolporteure postmaterialistischer Werte auftreten. Ökonomische Existenzängste sind ihnen fremd, sie sind wohlhabend und haben viel freie Zeit und sind sich als lautstarke und z. T. aggressive Minderheit der ständigen Aufmerksamkeit der Medien sicher. Aus all diesen Gründen ist ihr Einfluß überproportional, zumal ihnen auf der Ebene der politischen Institutionen aus koalitionsarithmetischen Gründen auch eine wichtige Rolle als Mehrheitsbeschaffer zuwachsen kann.

Absolutheitsansprüche in der Demokratie

In der pluralistischen Demokratie kann es keinen Anspruch auf Absolutsetzung irgendwelcher Werte und Ziele durch eine bestimmte soziale Gruppe oder Partei geben. Auch die Kirche beispielsweise kann auf der staatlich-politischen Ebene keinen Geltungsanspruch für innerkirchlich anerkannte absolute Glaubenswahrheiten beanspruchen. Wahrheits- und Geltungsanspruch müssen in der Demokratie auseinandergehalten werden, soll es nicht zur Vergewaltigung durch eine selbsternannte Gesinnungselite kommen. Politik bewegt sich so immer auf der Ebene des *Vorletzten*, nicht aber des *Letzten*, *Transzendentalen* und nur so können auch Mehrheitsentscheidungen einer überstimmten Minderheit zugemutet werden. Diese Spielregel wird nun von den sozialen Bewegungen durchbrochen. Unter Absolutsetzung bestimmter Werte, nämlich des Friedens mit der Natur und des Friedens mit dem östlichen Nachbarn, machen sie einen *Anspruch auf absolute Gewißheiten* geltend. Im einen wie im anderen Fall wird Friede, genauer, eine spezielle und zudem umstrittene Interpretation des Friedensbegriffs, in den Rang eines absolu-

ten Wertes erhoben und dabei die notwendige korrigierende Kombination und Balance mit anderen Werten außer acht gelassen. Wer z. B. soziale Verteidigung als den einzig wahren Weg zum Frieden ansieht, gefährdet diesen nach aller Erfahrung mehr, als daß er ihn sicher macht und übersieht zudem das Gut der Freiheit. Wer Wirtschaftswachstum aus Rücksichtnahme auf die als absolut gesetzte natürliche Umwelt prinzipiell ablehnt, nimmt damit auch verstärkte Arbeitslosigkeit in Kauf und verstößt so gegen das Gebot der Solidarität. *Wertkompromisse* gehören deshalb zu den ‚*essentials*‘ einer Demokratie, und es hat wohl mit der Tradition des deutschen Idealismus zu tun, daß Kompromisse hierzulande eher als anderswo als Verrat an der reinen Sache, als Halbheit verworfen werden.

Wer bestimmte Werte, bzw. deren konkrete Ausmünzung und Ausprägung absolut setzt, neigt aber auch eher zur Anwendung *radikaler Mittel*. Deshalb ist unsere politische Kultur in den letzten fünfzehn Jahren um so viele fragwürdige, unkonventionell genannte Protestformen angereichert worden. Wer sich in der Politik absoluten Gewißheiten verschreibt, für den können auch demokratische Spielregeln nur verachtungswürdige, pure Formalismen sein. So plädierte etwa der bekannte Politikwissenschaftler I. Fetscher anlässlich von Protestaktionen beim Bau von Kernkraftwerken dafür, daß man die Legitimationsbasis der formal vorhandenen *Mehrheitsentscheidung* in Frage stellen solle, weil die Mehrheit minder informiert und emotional unengagierter sei als die örtlich betroffene, protestierende Minderheit⁴⁾. Aus der Einsicht einer wahrhaft wissenden, elitären Minderheit, leitet er so unter Berufung auf einen absoluten Wert eine höhere Legitimität Leben, die Annullierung des Mehrheitsprinzips ab. Wo aber die Mehrheitsregel nicht mehr gilt, gibt es auch keine allgemein verbindlich anerkannten Kriterien mehr für politische Entscheidungen. Die Funktionsfähigkeit und Stabilität jeder demokratischen Ordnung werden dann an einem zentralen Nerv getroffen und damit der Zerfall des Rechtsstaats vorprogrammiert.

Wertorientierungen der „schweigenden Mehrheit“

Meinungsumfragen zeigen, daß die große Masse der Bevölkerung der Systemkritik von Minoritäten die Gefolgschaft versagt. Rund vier Fünftel der Jugend sind mit dem bestehenden gesellschaftlichen und politischen System und dessen Wertordnung im großen und ganzen zufrieden. Noch ausgeprägter ist die *Systembejahung* aus altersspezifischen Gründen bei den Erwachsenen. Zugleich machen die Daten deutlich, daß die Güter des privatpersönlichen Bedarfs in der Werteskala ganz oben stehen. Als besonders wünschenswert gelten: Gesundheit, Ehe und Familie, soziale

Sicherheit, ein hoher materieller Standard, der befriedigende Beruf, reichlich Freizeit und möglichst viel persönliche Unabhängigkeit⁵). Diese und andere Umfragen belegen zudem, daß materielle und postmaterielle Werte bei allen Bevölkerungsgruppen eine enge Symbiose eingehen. Dualistische Wertkonzepte, die bei Minoritäten primär postmaterielle, bei der Mehrheit dagegen primär materielle Werte vermuten und von einem unaufhaltsamen Trend in Richtung auf ein postmaterielles Zeitalter ausgehen, verkürzen die Wirklichkeit⁶). Auch sollte man sich davor hüten, vorschnell materielle Ziele als schlecht, postmaterielle aber als gut zu bewerten. Eben dies kommt in dem sozialwissenschaftlichen *Begriffspaar* „materialistisch – postmaterialistisch“ unerschwerlich zum Vorschein.

Wohlstand, Konsum oder Lebensstandard sind zunächst aber einmal neutrale Wertgrößen, instrumentelle Werte, die erst durch eine unangemessene Rangerhöhung problematisch werden. Umgekehrt ist aber auch beispielsweise Selbstverwirklichung für sich betrachtet noch kein *summa bonum*, da es entscheidend auf die Art und Weise, die Zielorientiertheit und die Kombination dieses Wertes mit anderen ankommt.

Legt man entsprechende Maßstäbe an die Wertwirklichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft an, so lassen sich Schwächen nicht übersehen. Da ist zunächst die *überaus hohe Bewertung des materiellen Lebensstandards*, von hohem Einkommen und Konsum und ein geradezu utopisch wirkender Überschuß an sozialem, finanziellem und physischem *Sicherheitsdenken*. Internationale Vergleichsdaten zeigen sogar, daß materialistische Einstellungen in der Bundesrepublik noch ausgeprägter sind als in zahlreichen anderen Industrieländern. Dieses kräftig materialistisch eingefärbte Grundmuster wird nun durch das bereits weiter oben skizzierte Phänomen eines ‚neuen Individualismus‘ überlagert und dadurch noch verstärkt. Er manifestiert sich in der Familie als abnehmender Wille zum Kind, in der emanzipatorischen Individualisierung der Frauenrolle oder in einem permissiven Erziehungsstil; im schulischen Leben und am Arbeitsplatz als individualisiertes, auf das je eigene Fortkommen gerichtetes Leistungsstreben; in der ich-bezogenen Interpretation individueller Freiheits- und Schutzrechte wie Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Entfaltung der Persönlichkeit wie auch in einem individualistisch-aggressiven Verständnis von politischer Partizipation, mit der häufig nur die Vorstellung von der Durchsetzung der eigenen Interessen verknüpft wird.

Nicht der verantwortungsbewußte *citoyen*, sondern der egozentrische *bourgeois* oder *Sozialbürger*, dessen Lebensgefühl sich mit der Formel „tun und lassen können, was man will“, umschreiben läßt, scheint die gesellschaftliche Leitfigur zu sein. Traditionelle *asketische Werte*, die das eigene Selbst in die Schranken weisen könnten, so z. B. Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft, Selbstdisziplin, Pflichterfüllung, soziale Verantwortlich-

keit, Einsatz und Leistung für andere, Bescheidenheit, Opfer- und Verzichtsbereitschaft, kommen so in der Wertehierarchie zu kurz. Es sind jene Werte oder genauer Normen, die man etwas abschätzig auch als Sekundärtugenden bezeichnet. Dabei übersieht man, daß gerade sie dem unmittelbaren Verhalten am nächsten stehen und somit als tragende Pfeiler des gesamten Wertsystems fungieren. Daß sie zunehmend aus der Übung gekommen sind, wirft kein gutes Licht auf die familiäre und schulische Erziehung, gründet aber auch im Verlust religiöser Bindungen. So läßt sich nachweisen, daß religiös interessierte Jugendliche zugleich auch dem Gemeinwesen gegenüber aufgeschlossener sind als andere und auch eher bereit sind, Pflichten in Staat und in der Gesellschaft zu übernehmen⁷). Materialistische und individualistische Einstellungsmuster prägen schließlich auch das *Demokratieverständnis* der meisten Bundesbürger. Materialistisch etwa ist die ungezügelter Anspruchshaltung, die den Staat auf allen gesellschaftlichen Problemfeldern, möglichst zum eigenen Nulltarif, ständig zur Kasse bittet, wobei der immer perfekter betreuende Sozialstaat selbst derartigen Tendenzen kräftig Vorschub leistet. Dem entspricht, daß Loyalitätszusagen der Bürger zum demokratischen Staat sich primär an der Befriedigung materiell-ökonomischer Leistungsanforderungen orientieren. Führungs- und Herrschaftsanspruch von Regierung und Parteien werden zuallererst an Wohlstand und Lebensstandard gemessen. Die Bundesrepublik, heute eines der stabilsten Länder der westlichen Welt, ist zwar nicht unbedingt eine *Schönwetterdemokratie*, mit der Konjunkturabhängigkeit der Systemidentifikation ist aber auch in Zukunft zu rechnen. Bei einem künftig möglichen Rückgang materieller Ressourcen könnten sich so durchaus die sozialen Verteilungskämpfe verschärfen und die Dominanz materieller Wertvorstellungen in eine Krise des demokratischen Staates führen.

Diese Einschränkung vermittelt nicht zuletzt die Einsicht, daß Demokratie für die meisten Bürger der Bundesrepublik keinen Eigenwert im strengen Sinne des Wortes darstellt. Zwar ist die Zustimmung zu den demokratischen Institutionen und dem politischen System im Schnitt außerordentlich hoch; von einer emotionalen Verankerung der Demokratie oder gar einer „Leidenschaft zur Demokratie“ kann jedoch, gerade im Vergleich mit älteren westlichen Demokratien, keine Rede sein. Einer solch gefühlsmäßigen Identifikation stehen nicht nur historische Erfahrungen, der Verlust des nationalen Bewußtseins, sondern auch die vorherrschenden individualistischen Einstellungen entgegen. Sie bewirken ein eher pragmatisches, nützlichkeitsorientiertes Verhältnis zur Demokratie, die eher bloß instrumentell als Ermöglichung umfassender persönlich-individualistischer Freiheiten und Spielräume geschätzt wird. Das Fehlen einer übergreifenden, integrierenden Idee, wie ehemals „Vaterland“ oder

„Nation“, schafft so ein *geistiges Vakuum*, das jedoch durchaus ambivalent ist. Wer sich auf Familie, Beruf, persönliches Fortkommen, Freunde oder Freizeit konzentriert und Distanz zur Politik hält, ist weniger für die Sirenentöne irgendwelcher Sozialreligionen anfällig. Individualismus und Rollenvielfalt in der pluralistischen Gesellschaft schützen so vor ideologischer Verführbarkeit. Andererseits kann aber auch bei jenen Personengruppen, die (noch) wenig oder gar nicht über die private Sphäre in die Gesellschaft integriert sind, eine genau gegenteilige Konstellation eintreten, wobei dann das Fehlen identitätsstiftender Ideen und Werte dazu führen kann, daß die Schleusen für das Eindringen utopischer Heilslehren, die vorgeben, das Vakuum mit Sinn zu füllen, leichter geöffnet werden.

Wertpflege als Zukunftsaufgabe

Die bisherigen Ausführungen haben die Schwachstellen unserer Wertkultur, insofern sie Rückwirkungen auf die politische Kultur haben können, zu präzisieren gesucht. Dabei kann weder von einer generellen Kulturkrise noch von einer generellen Krise der politischen Kultur gesprochen werden. Nichtsdestoweniger sind in Teilen unseres Wertsystems bedenkliche, krisenhafte Entwicklungen und Defizite unübersehbar. Elitäre Minderheiten predigen die Wertrevolte und fördern über gesellschaftliche Feindbilder die politische Desintegration. Für das Gros der Bevölkerung sind Materialismus und überzogener Individualismus zu Grundwerten der persönlichen Lebensgestaltung geworden, wodurch ebenfalls soziale und politische Desintegrationsprozesse ausgelöst werden, wenn auch in wenig spektakulärer und eher lautloser Form.

Eine gesellschaftliche und politische Risiken begrenzende Strategie müßte sich deshalb einer die genannten Bereiche umspannenden *aktiven Wertpflege* verschreiben. Dazu sind alle Träger der politischen Kultur, ob Familie, Schule, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen oder Massenmedien, aufgerufen. Auch der Staat kann sich hier nicht hinter einer scheinheiligen, weil irrationalen Wertneutralität verschanzen, zumal auch die Verfassung als verrechtlichte Wertordnung dem Staat diesbezüglich eindeutige Verpflichtungen auferlegt. Eine solche Wertpflege müßte Extrempositionen vermeiden und auf eine *Wertsynthese* hinwirken. Weder ein rigider Wertkonservatismus, der angesichts objektiver Veränderungen sich notwendigen Anpassungen und Korrekturen entzieht, noch ein Überbordwerfen traditioneller Werte führt zum angestrebten Ziel. Im Sinne von Balance und Ausgleich müssen Rationalität und Emotionalität, Unterordnung und Selbstbestimmung, Disziplin und Selbstverwirklichung, Leistungsprinzip und Freizeitorientierung, Verzichtsbereitschaft und Konsummentalität,

Ökonomie und Ökologie etc. wieder in ein ausgewogenes und sinnvolles Verhältnis gebracht werden.

Wertpflege in diesem Sinne verlangt den pragmatischen Verzicht auf Wertabsolutismus, aber auch ein Mehr an *Askese*. Zu allen Zeiten war Askese eine Grundvoraussetzung kultureller Entwicklung. Wie schon zu Beginn der Moderne, in der protestantischen Ethik, könnte sie wieder zu einem Schlüsselwort der Zukunft werden. Um der personalen Autonomie und Würde des Menschen willen, weil ein Leben in Hülle und Fülle kein sinnerfülltes Leben sein kann. Zum andern, weil der Mensch auf Sozialität angelegt ist und nur in der Zuwendung zum Nächsten, im Transzendieren des eigenen Selbst, sich Sinn und damit dauerhaftes Glück erschließen. Mit mehr Askese als einem Grundparadigma menschlichen Verhaltens ließen sich auch viele Gegenwarts- und Zukunftsprobleme zuversichtlicher angehen. Arbeitslosigkeit durch Solidarität der Arbeit-Besitzenden mit den Arbeitslosen, schonender Umgang mit Ressourcen und Natur durch Selbstbescheidung, Hilfe für die Dritte Welt durch Opferbereitschaft und Leistungswille, Bewahrung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates durch bürgerschaftliche Moral und Einsatzbereitschaft. Dazu bedarf es allerdings, wie es der amerikanische Soziologe D. Bell einmal ausgedrückt hat, einer großen Erneuerung, eines schöpferischen Aktes in der religiösen und kulturellen Dimension, einer neuen Philosophie des öffentlichen Lebens. Dies mag utopisch scheinen, doch ist eine humane und glaubwürdige Zukunft anders kaum vorstellbar.

Anmerkungen

- 1) Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, München 1983, S. 136 f.
- 2) Kurt Sontheimer, Zeitenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik, Hamburg 1983, S. 76 ff.
- 3) Bernd Guggenberger, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Stuttgart 1980, S. 59.
- 4) Iring Fetscher, Ökologie und Demokratie – ein Problem der politischen Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26, 1982, S. 27.
- 5) Helge Pross, Was ist heute deutsch? Hamburg 1982, S. 80.
- 6) Vgl. hierzu: Ronald Inglehart, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und post-materialistischen Prioritäten, in: H. Klages und P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979.
- 7) Hans Joachim Veen, Jugend und Glauben – Das Verhältnis religiös Interessierter zu Kirche, Staat und Parteien, in: Rheinischer Merkur, 24, 6. 6. 1981.

Zur Person des Verfassers

Dr. Gerd Hepp, Professor für Politikwissenschaft und Didaktik der Politischen Bildung, Pädagogische Hochschule Heidelberg.